

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugpreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortverkehr 2.15 Mk., in Württemberg
2.22 Mk. vierteljährlich, dazu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Gar-
mondzeile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Kaufkraft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 278

Dienstag, den 26. November 1918.

35. Jahrgang.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Eine Anzahl rechtsstehender und nationalliberaler Reichs- und Landtagsabgeordneter und sonstiger führenden Männer im öffentlichen Leben erlassen folgenden Aufruf zur Gründung einer Deutsch-nationalen Volkspartei:

Wir treten auf den Boden der durch die Tatsache der Umwälzung geschaffenen demokratischen Staatsform, die sich auf das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht für beide Geschlechter stützt. Wir wünschen die Wahrung der Reichseinheit gegenüber Ablosungsbestrebungen und begrüßen die von den deutschen Völkern Österreichs gewünschte Vereinigung mit dem Reich. Lebensfähige Staatsgebilde in Deutschland wünschen wir zu besitzigen. Wir treten ein für unbeschränkte Selbstverwaltung in städtischen und ländlichen Körperschaften auf demokratischer Grundlage.

Wir fordern die Herstellung der Freiheit für Wort und Schrift, Verein und Versammlung, einen neuen Ausbau des Auswärtigen Amtes und der auswärtigen Vertretung. Wir bekennen uns zum Gedanken des Völkerbundes und in ihm zu einer gleichberechtigten Stellung des Deutschen Reichs, dem sein Anspruch auf koloniale Betätigung erhalten bleiben muß. Wir wünschen eine kulturelle Verbindung mit den Deutschen im Ausland und die volle Sicherstellung ihrer Erwerbstätigkeit in allen Ländern; wir wünschen endlich die Schaffung eines Volkshheers nach den Erfahrungen dieses Krieges.

Der Frau ist im öffentlichen Leben weitestgehender Spielraum zu geben und die Gleichberechtigung zu erwirken.

Die wirtschaftliche Selbständigkeit und Betätigung des Einzelnen wollen wir erhalten. Wir verlangen Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen, der Sparkasseneinlagen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge. Wir treten ein für die Erhaltung des freien Bauern auf eigener Scholle und Schaffung neuer Siedlungen, von Kreditorganisationen. Eine Vereinheitlichung des Verkehrswezens durch Reichseisenbahnen und Reichswasserstraßen soll den Wiederaufbau unserer Wirtschaft fördern. Unterstützung des Kleinwohnungsbaus und der Heimstätten, Beseitigung der Auswüchse für Spekulationen auf dem Gebiet des Grund- und Bodens, Besserung und Vereinfachung des Strafrechts, Gründliche Umgestaltung des Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenrechts unter voller Koalitionsfreiheit. Ausbau der Sozialpolitik in neuen Rechtsformen für das Verhältnis der Angestellten und Arbeiter zu den Unternehmungen. Internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Ausreichende Reichseinkommen- und Erbschaftsteuer durch stärkere Erfassung der Kriegsgewinne und eine Vermögensabgabe, die jedoch die wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterbindet.

Ruhe und Ordnung im Innern. Wir werden deshalb alle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung unterstützen, die auf dieses Ziel gerichtet sind. Schnellste Einberufung einer verfassung- und gesetzgebenden Körperschaft. Schnellige Herbeiführung des Friedens.

Alle diejenigen, welche bereit sind, auf diesem Boden mitzuwirken und sich mit uns zu einer Deutschen Volkspartei auf national-demokratischer Grundlage zu vereinigen, fordern wir zur Mitarbeit auf.

Enthüllungen des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 24. Nov. (Norr. Hoffmann. Amtlich) Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Innern Kurt Eisner hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsausbruch zu veröffentlichen. Der bayerische Ministerpräsident wird bemüht sein, aus diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt.

In einem Bericht vom 18. Juli 1914 hat der bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld Beziehungen erörtert, die zwischen der Berliner Regierung und dem verhängnis-

vollen Ultimatum Österreichs an Serbien be-
stehen. Es heißt in diesem Bericht:

Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit den Balkanreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Vorkommissar dahier hatte, beehre ich mich, zu berichten: Der Schritt des Wiener Kabinetts (Ueberreichung einer Note in Belgrad) wird am 25. ds. Mts. erfolgen. Die Hinausschiebung hat ihren Grund darin, daß man die Abreise der Herren Poincaré und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um mit den Zweimächten eine Verständigung zu erleichtern betr. eine etwaige Gegenaktion. Bis dahin gibt man sich in Wien durch gleichzeitige Verlaubung des Kriegsministers und Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung. Auch auf Presse und Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden.

Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt und man bedauert nur, daß Graf Tisza, der anfangs gegen schärferes Vorgehen gewesen sei, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier etwas gelüftet hat. Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note folgende Forderungen enthalten: 1. Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen wird, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie nicht billige. 2. Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Morde von Sarajewo; Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung. 3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt waren. Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden.

Daß Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand, wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus einverstanden, daß Österreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin.

Ob man aber wirklich in Wien sich dazu antraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Österreich-Ungarn, dank seiner Einschlupflosigkeit und Zerschandenheit, jetzt eigentlich der franke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegro warten. Starke erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien werde dazu führen, daß Österreich und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlen, würde das darniederliegende Wirtschaftsleben wieder aufrichten und die fremden Gellüste auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slawischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies bei weiterer Fortwirkung der slawischen Propaganda, wie Conrad von Hörsing selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall. Was also hier der Ansicht, daß es für Österreich sich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grund hat man hier auf Anfrage aus Wien ohne Hörsing erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Blauwollmacht, die man dem Grafen Berchthold und dem Grafen Hoyos gab, der zur Uebergabe des Handschreibens und einer ausführlichen Denkschrift hierher gekommen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen der Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln.

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hatte den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entschlußlosen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Man hätte es auch lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde und der serbischen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten.

Es wird dann in diesem Bericht an den Grafen Hertling weiter gesagt, die Reichsleistung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandreise, der Chef des großen Generalstabs, sowie der preussische Kriegsminister in Uelshausen, behaupteten,

durch die Aktion Österreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte. Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England als auch Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken werden. Der Russe drohe zwar gern mit dem Schwerte, ziehe aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere. Ein Krieg zwischen Zweibund und Dreibund sei England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen. Käme es freilich zum Krieg, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Bettern würden wir auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchte, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Rangs herabsinke und damit das europäische Gleichgewicht gestört werde. Der deutsche Vorkommissar Fürst Stolberg habe in Wien schon vor einigen Tagen bei Österreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert.

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Freys, für Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen Gesandtschaft telephoniert: Es laufen zurzeit zwei Ultimaten — Petersburg 12 Stunden — Paris 18 Stunden — Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung — Paris Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden. Mobilisierung spätestens Samstag 1. August um Mitternacht. Der preussische Generalstab sieht dem Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht gegen und rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können. Im französischen Heer herrscht kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze, schlechteres Gewehr.

Im Bericht vom 4. August, woraus übrigens hervorgeht, daß die Türkei sich schon damals verpflichtet hatte, sich Deutschland anzuschließen und zu mobilisieren, wird über Belgien gesagt: Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Generalstabschef hat erklärt, daß selbst englische Neutralität um Preis Respektierung Belgiens zu teuer wäre, da Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf Linie Belgiens möglich sei.

Die Umwälzung im Reich.

Die Nationalversammlung in Frankfurt?

Berlin, 25. Nov. Die prov. Reichsregierung wird nach dem „Lokalanz.“ der Reichskonferenz ein politisches und wirtschaftliches Programm vorlegen, das sich in der Richtung der geplanten Sozialisierung bewegt. Die Nationalversammlung werde vielleicht in Frankfurt a. M. zusammentreten.

Abfall von Berlin.

Hamburg, 24. Nov. Die vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte von Oldenburg, Ostfriesland, Bremen, Stade, Hamburg und Schleswig-Vollstein haben eine neue Republik mit dem Regierungssitz in Hamburg verkündet. In Hannover soll eine niederländische Republik ausgerufen werden.

Besetzung Berlins?

Berlin, 25. Nov. Nach der „Deutschen Tagesztg.“ fordert die sozialistische Presse in Frankreich die Besetzung Berlins, die zu einer Expedition des Verbands zur Unterbindung des Bolschewismus in Rußland notwendig sei. Die Mehrzahl der französischen Abgeordneten sei durch die Wählungsverträge Wilsons verstimmt.

Berlin, 25. Nov. Eine Abordnung des Soldatenrates der 10. Armee hat in Berlin mitgeteilt, daß die halbe Million deutscher Soldaten im Osten schwer geliebet sei. Die Bewachung der Rückzugsbahnen drohe sich anzulösen, und die Rückkehr der russischen Kriegsgefangenen rufe die schwersten Bewürdungen hervor. Darum dürfe kein Wachmann seinen Posten verlassen, wenn er nicht den Untergang unzähliger Kameraden mitverschulden wolle.

Der Putz der Spartakuleute.

Berlin, 25. Nov. Wie die Blätter berichten, hatte der Angriff der Spartakuleute auf das Polizeipräsidium, der nach einer Note Liebknechts ausgeführt

Die Kirchenglocken. Nach dem „D. Volksbl.“ sind den Bamberger Kirchen 12 Glocken, die noch nicht zu Kanonen umgegossen waren, wieder zurückgeführt worden. Sicherlich sind nicht alle Kirchenglocken in den Schmelzöfen gewandert. Wo sind sie? Hoffentlich werden alle noch vorhandenen Glocken ihrem ursprünglichen Zweck zurückgegeben.

Postfache. Pakete nach Finnland und Westgalizien werden bis auf weiteres nicht angenommen.

Verhobene Prüfung. Die zweite Dienstprüfung für lath. Volksschullehrer und Lehrerinnen ist auf Februar 1919 verschoben worden.

Eine Landesbelleidungsstelle zur Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung mit Web-, Woll- und Strickwaren sowie mit Schuhwaren ist mit dem Sitz in Stuttgart gegründet worden. Sie hat die Kommunalverbände und Gemeinden in der Versorgung der Bevölkerung zu unterstützen und für einheitliche Durchführung der Vorschriften Sorge zu tragen.

Der Verkehr mit Herbstgemüse ist innerhalb des württ.-hohenz. Versorgungsgebietes von nun ab frei gegeben. Zum Aufkauf von Frischobst sind die zugelassenen Großhändler ermächtigt. Das Obst soll den Bedarfsgemeinden nach Weisung der Landesversorgungsstelle zugeführt werden.

Landw. Winterschulen. Infolge der Abrüstung steht für die landw. Winterschulen eine erfreuliche Zahl von Lehrkräften zur Verfügung, der Unterricht wird deshalb an den meisten Schulen demnächst wieder aufgenommen werden können.

Die Ordensauszeichnung. Die Volksregierung in Bayern will die Ordensauszeichnung nicht ganz abschaffen, doch wird sie gegen früher abgeändert werden. In nächster Zeit sollen keine Orden mehr vergeben werden.

Kohlenmangel. In Dresden darf wegen des Kohlenmangels die Industrie in der Zeit von 6 bis 8 Uhr früh und von 2 bis 7 Uhr nachmittags keinen Strom zum Antrieb von Motoren aller Art entnehmen. Der gesamte Straßenbahnbetrieb in Dresden wird um 3 Uhr nachmittags eingestellt. Die Ladenbeleuchtung muß um 4 Uhr nachmittags aufhören.

Beschlagnahme Lebensmittel. Die Polizei in Berlin beschlagnahmte ein Lebensmittelgeschäft im Wert von über 500 000 Mk., das aus Marktenderwaren bestand und mit einem Transporttransport aus Belgien eingeschmuggelt worden war. Ferner wurden drei Eisenbahnwagen Lebensmittel beschlagnahmt, die ehemalige türkische Offiziere nach der Türkei ausführen wollten.

Württemberg.

(*) **Stuttgart, 25. Nov. (Heimkehr.)** Die zweite württ. Landwehr-Division wird am 26. Nov. auf ihrem Marsch von der Front Mannheim berühren.

(*) **Stuttgart, 25. Nov. (Bürgererrat.)** Aus Vertretern hiesiger wirtschaftlicher Verbände wurde ein Bürgererrat gebildet, dem noch weitere Bürger und Bürgerinnen zugewählt werden sollen.

(*) **Ulm, 25. Nov. (Ein General verhaftet.)** Der bayrische General Krafft von Delmensingen, der Sieger vom roten Turm-Baß, wurde, nach einer Meldung der „Konstanzer Zig.“, vom Soldatenrat in Ulm verhaftet und nach Neu-Ulm verbracht.

(*) **Wilsingen (Hohenz.), 25. Nov. (Unruhen.)** Eine Anzahl Einwohner nahm gegen den neuen Bürgermeister, um ihn zur Abdankung zu zwingen, eine so drohende Haltung an, daß der Soldatenrat vom Lager Heuberg auf Veranlassung des Oberamts eine Wache von 30 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsandte.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck läßt zwar weiter nach, aber die neue Zirkulation macht nur langsame Fortschritte. Am Mittwoch und Donnerstag ist zwar zeitweilig bedecktes, doch noch vorwiegend trockenes und ziemlich kaltes Wetter zu erwarten.

Vermischtes.

Arnheim und Schloß Bentind. Wie gemeldet, ist Kaiser Wilhelm II. das Schloß des Grafen Bentind in Arnheim zum Wohnsitz angewiesen worden. Arnheim, die Hauptstadt der Provinz Gelderland, liegt am Rheinstrom und ist unter allen holländischen Städten dadurch ausgezeichnet, daß es sich an einen Höhenzug schmiegt, der die Stadt durchzieht. Das ist die Veluwe. Erhält die Stadt schon durch diese Lage an Hügelhängen einen eigenen Reiz, so ist ihre Umgebung vollends von altersher durch ihre Schönheit berühmt. Große Obstplantagen, mächtige Buchenwälder und eine Fülle reizender Landschaften geben ihr das Gepräge. Arnheim ist ein „Pensionopolis“, wo sich die reichgewordenen ostindischen Kaufleute mit Vorliebe zur Ruhe setzen; in dem östlich liegenden Villenort Velp ist ein Reichtum versammelt, der selbst in reichen holländischen Gegenden sucht. Gegen Wageningen zu fährt durch das Villenviertel von Arnheim die Widdachterallee, eine kilometerlange Buchenallee, in der sich Schloß Bentind befindet, ein jedes vornehm zurückgezogen hinter hohen, beschnittenen Hecken und Rhododendron-Beeten. Die Kronen der herrlichen alten Buchen verdecken sich zu einem dichten Laubdach, und in seinem Schatten vollzieht sich jeden Vormittag der Corso von Arnheim, ein langer Zug von prachtvollen Wagen mit wohlgenährten Pferden und wohlgenährten Kutschern, in denen die Aristokratie der Stadt sich zur Schau stellt. Und in dieser Allee liegt auch das Schloß des Grafen Bentind, wo der Kaiser in Friedenszeiten wiederholt als Gast gewirkt hat. Es ist ein materialreicher vornehmer Bau mit Treppengiebeln und einem viergeschossigen Turm; sein erster Besitzer war jener Graf Bentind, der zu den Vertrauten Wilhelms III. von Oranien zählte und ihm nach England folgte, als er dort den Thron für seine Gattin Maria übernahm.

Geschäftstüchtige Revolutionäre. In Erinnerung an die Revolution von 1848, die gegenwärtig im

Gündel auf unsere Zeitverhältnisse von deutschen Blättern veröffentlicht werden, finden sich neben ernstlichen und schweren auch manche heitere Einzelheiten verzeichnet. So erzählt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ u. a. von verschiedenen Plakaten, die in jenen Märztagen von g'schäftstüchtigen Revolutionären in allen Berliner Restaurationen angehängt wurden. Hier ein paar Proben dieser Revolutions-Plakate: „Urwähler-Zigarren.“ „Hört! Hört! „Urwähler-Zigarren, abgelagerte reine Fälscher (keine Landfische) 6 Stück pro 1 Sgr. Die beliebten alten Hamburger Manilla-Zigarren, Originalbunde von 10 Stück 2 Sgr.“ — „Wahlmänner-Zigarren, Hamburger und Bremer Fabrikate pro Kille von 7-20 Th.“ — „Deputierten-Zigarren, echte importierte Havanna. (Der Deputierte soll zwar vaterländisch wirken, aber er muß auch das Beste des Auslandes prüfen, um danach unseren Bedürfnissen möglichst abzuhelfen.) ... Zigarren- und Tabak-Handlung von W. Fährbrück u. Co., Charlottenstraße Nr. 50.“ — Der Humor trat überhaupt sehr bald wieder in seine Rechte, trotz der Märgung der Zeit. Der „Klabberadach“ wurde seine Hauptpfeifegeflüster; seine erste Nummer vom 7. Mai 1848 bringt u. a. folgende Anzeige: „Böswillige Konkurrenten haben seit einigen Tagen das Gerücht zu verbreiten gesucht, ich wolle Deutscher Kaiser werden und beabsichtige ich der- „Hast mein Geschäft aufzugeben. Wer mich näher kennt, wird wissen, woran er ist. Fremden und Auswärtigen aber empfehle ich nach wie vor mein reichhaltiges Lager von Nachtmügen und Unterbekleidern. Levy Hegmann, Schloßplatz.“

Buchdruckerat. Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker hat mit Zustimmung des Tarifausschusses beschlossen, zur Regelung der Arbeitsverhältnisse einen besonderen Buchdruckerat zu bilden und zwar aus fünf Arbeitgebern, fünf Gehilfen, einem Hilfsarbeiter und den Mitgliedern des Tarifamts. Dem Buchdruckerat gehören an Berufsangehörige aus Bayern, Brandenburg, Rheinland-Westfalen, Schlären, den thüringischen Staaten und Württemberg. Seine Beschlüsse haben für sämtliche Berufsangehörigen verbindliche Kraft. Für den Uebergang zur Friedenswirtschaft wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt, die sofort in Kraft zu treten sind: Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen 8 Stunden. Mögliche Einführung von Schichtwechsel. Einteilung regelmäßiger Arbeiter. Zurückziehung der Lehrlinge aus der Nacharbeit. Die bisherige Entlohnung bleibt auch bei der kürzeren Arbeitszeit bestehen. Berechnende Handwerker erhalten bei täglich achtstündiger Arbeitszeit einen Zuschlag von 10 Prozent auf den Tarifpreis, berechnende Maschinenfeger auf den 10 000-Preis. Während der Kriegszeit eingestellte Ersatzkräfte sind nach beendeter zweijähriger Tätigkeit im Berufe und bei ausschließlicher Beschäftigung mit Gehilfenarbeit wie Gehilfen zu entloshen. Gelehrte Gehilfen dürfen wegen Beschäftigung eingestellter Ersatzkräfte nicht arbeitslos bleiben. Auf Anweisung des Tarifamtes hat die Kündigung und Entlassung von Ersatzkräften zu erfolgen. Von den militärfrei werdenden Gehilfen sind in jeder Druckerlei in erster Linie die früher beschäftigten Gehilfen einzustellen. Die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte, soweit sie noch im Berufe tätig sein können, erfolgt von jetzt ab ebenfalls durch unsere Arbeitsnachweise. Für alle in diesen Beschlüssen nicht besonders behandelten Angelegenheiten aus dem Arbeitsverhältnis gelten die Vorschriften des deutschen Buchdruckerarbeitsgesetzes.

Aufhören der Entschädigung für unwillige Arbeitseinstellung in kriegswichtigen Betrieben. Nach Abschluß des Waffenstillstands gelten Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie nicht mehr als kriegswichtig. Wenn Arbeiter solcher Betriebe wegen Kohlenmangel feiern müssen, so haben sie infolgedessen auch keinen Anspruch mehr, aus Reichsmitteln entschädigt zu werden. Es ist indessen angeordnet, daß Arbeiter solcher Betriebe, die vor dem 12. November eingestellt oder beschränkt wurden, bis zum 25. Nov. Entschädigung erhalten. Im übrigen sieht die neue Erwerbslosenfürsorge eine besondere Regelung betriebliger Lohnausfälle vor.

Die Feldlazarette. Infolge der unmenslichen Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens, die in ihrer kurzen Fristsetzung die Räumung beinahe zur Pflicht machen, mußten leider die deutschen Feldlazarette teilweise dem Feind überlassen werden. Hoffentlich bringt ein naher Frieden ein Schwerverwundeten und dem Sanitätspersonal bald die Freiheit.

Die Volksernährung. In einem Vortrag, den der als land- und volkswirtschaftlicher Sachverständiger bekannte Landtagsabgeordnete Regierungsrat Ströbel am 18. Nov. in der konservativen Partei in Stuttgart hielt, machte er nach der „Südd. Zig.“ folgende interessante Ausführungen über die Ausichten der Volksernährung in Württemberg: Bei sparsamem Verbrauch und geordneter Verteilung, bei Verhinderung des Schleichhandels und bei pflanzlich fortgesetzter Anlieferung durch die Erzeuger werden wir in Württemberg in der Lage sein, die erforderlichen Mengen an Lebensmitteln anzubringen, auch wenn das Vereinfachen unserer Truppen vom Felde in Rechnung gezogen wird. An Fleisch wird es nicht fehlen, daß unser Viehstand verhältnismäßig gut ist und augenblicklich sogar in der Landwirtschaft über zu geringe Abnahme geklagt wird. Durch die Beseitigung der Reichslosen Woche und durch die wahrscheinlich jetzt schon einsetzenden starken Anforderungen der Truppen wird nur zu bald diesen Klagen abgeholfen werden. Die Mehl- und Brotversorgung gibt mehr Anlaß zur Besorgnis. Wir haben alljährlich von Norddeutschland Getreide bezogen (so im letzten Jahr 480 000 Hekt.). Mit diesem Anschlag haben wir in diesem Jahr kaum zu rechnen. Man wird mit Gerste und Hafe.

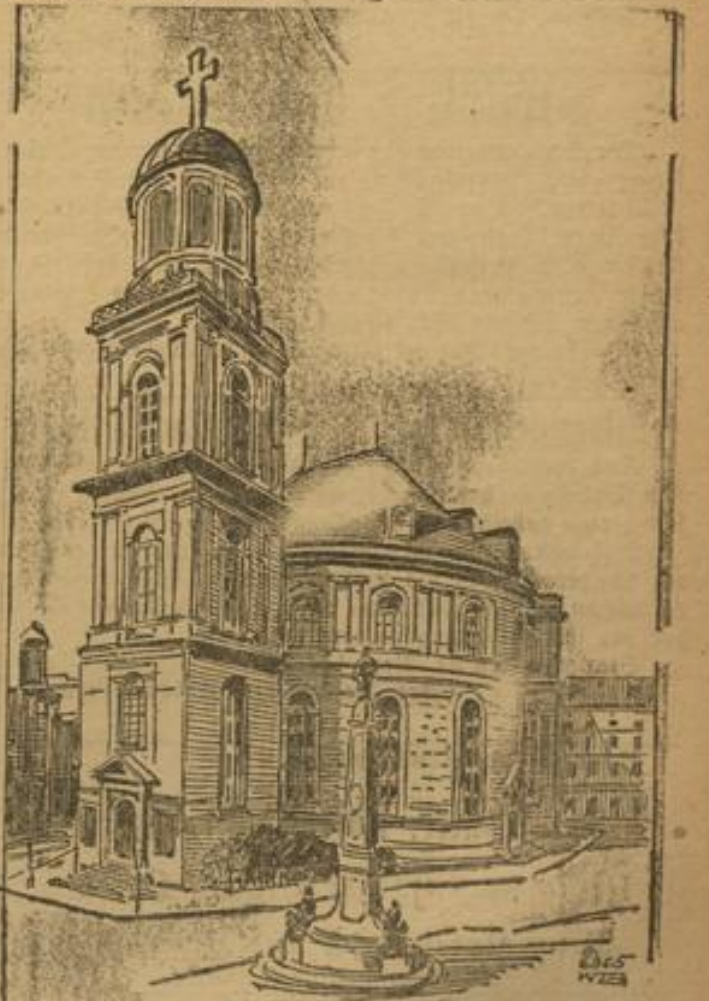
ihnen Mittel des Ausfalls so gut es geht decken müssen. Vielleicht gelingt es, aus dem Ausland Getreide zu beziehen. Wohlwilling ist sofortiger Ausdruck und Anlieferung mit Mitteln anzustreben. In der Kartoffelversorgung, in der wir 1914, 1915 und 1916 auch auf Norddeutschland angewiesen waren, sind wir 1917 und in diesem Jahr

günstig gestellt. Die Ernte Württembergs ist auf 17 Millionen Zentner geschätzt, der Bedarf ist annähernd ebenso groß. Eine Verfüterung gesunder Kartoffeln muß unterbleiben, wenn der Vorrat ausreichen soll. Die Winterniederung ist in Stuttgart schon zu fünf Zentimetern erfolgt. (Bedarf 1 200 000 Hekt., Anlieferung 1 Million.) Die Versorgung mit Milch, Butter und Käse wird in der bisherigen Weise erfolgen können, insbesondere wenn die Reichslieferung an Butter und Käse eingeschränkt werden kann. Wenn Verbraucher und Erzeuger sich darüber klar sind, daß die Nationalisierung zunächst beibehalten werden muß und die Anlieferung nicht stocken darf, werden wir über die schwerste Zeit hinwegkommen. Drängen der Ruhe und Ordnung würden unfehlbar zu einer Hungersnot und zu den schlimmsten Folgen führen.

Der Bedarf der Bevölkerung an Bekleidung gesichert. Die Reichsbekleidungsstelle teilt mit: Trotz der vierjährigen Blockade sind die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend. Durch die Freiwerden der bisher für den militärischen Bedarf benötigten Mengen wird es möglich sein, den Massenbedarf der Bevölkerung an Bekleidungsstoffen zu decken. Allerdings muß der größte Teil des Materials erst den Weg durch die Spinnereien, Webereien usw. zurücklegen. Um den Kleinhandel wieder einzuführen und um die Kommunalverbände angesichts ihrer sonstigen großen sozialen Aufgaben zu entlasten, hat die Reichsbekleidungsstelle angeordnet, daß die Kommunalverbände für ihre eigenen Zwecke nur die Waren zurückhalten dürfen, die sie in Erfüllung ihrer behördlichen Fürsorgepflichten unbedingt benötigen. Im übrigen werden sie dem Kleinhandel zugeführt.

Die Brotration. Die Reichsgetreidestelle hat vom 1. Dezember ab die Tageskopfmenge an Mehl für die versorgungsberechtigte Bevölkerung einschließlich 20 Gramm für Streckung auf 260 Gramm festgesetzt. Die Kommunalverbände, die mit Frischkartoffeln strecken, erhalten nur 240 Gramm an Mehl, während den übrigen Kommunalverbänden die ganze Menge von 260 Gramm gewährt wird. Die Erhöhung wird auf Schwerarbeiterzulage angerechnet. Schwerarbeiterzulage wird wie bisher weiter gewährt, jedoch für diese beiden Gruppen die bisherige Gesamtration unverändert bleibt. Kaffeebrotmarken sind vom 1. Dezember ab für jeden Reisetag je sechs Stück, zusammen also über 300 Gramm Gebäck auszugeben.

Preissturz der Zigarren. Infolge des unerhörten Zigarrenwuchers hatte in den letzten Wochen das preussische und bayerische Kriegswochenamt zu einem großen Schlags gegen die Zigarrenwucherer angeholt. Fast in allen Großstädten wurden infolgedessen umfangreiche Zigarrenlager beschlagnahmt, die Hunderttausende von Wert darstellten. So wurden in Berlin in den letzten Tagen für 500 000 Mark, in Chemnitz für 700 000 Mark und in Hamburg für 200 000 Mark Zigarren beschlagnahmt. Diese verdienstvolle Tätigkeit der Wucherämter hat zahlreiche Kammerer veranlaßt, ihre Vorräte zu „ermäßigten“ Preisen abzusetzen. Das Berliner Lager im Wert von 500 000 Mark kam billig an den Mann. Als Beamte des Wucheramts die beschlagnahmte Ware abholen wollten, war sie verschwunden. Soldaten hatten das Lager nochmals beschlagnahmt und die großen Vorräte größtenteils gleich auf der Straße verteilt, wo die Ware reichenden Absatz fand.



Die historische Paulskirche in Frankfurt a. M., der Sitz der deutschen Nationalversammlung 1848/49, damit auch für die künftige Nationalversammlung in Frage.

Die Ordensauszeichnung. Die Volksregierung in Bayern will die Ordensauszeichnung nicht ganz abschaffen, doch wird sie gegen früher abgeändert werden. In nächster Zeit sollen keine Orden mehr vergeben werden.

Kohlenmangel. In Dresden darf wegen des Kohlenmangels die Industrie in der Zeit von 6 bis 8 Uhr früh und von 2 bis 7 Uhr nachmittags keinen Strom zum Antrieb von Motoren aller Art entnehmen. Der gesamte Straßenbahnbetrieb in Dresden wird um 3 Uhr nachmittags eingestellt. Die Ladenbeleuchtung muß um 4 Uhr nachmittags aufhören.

Die Erwerbslosenfürsorge

Ist nicht als eine pflichtmäßige Arbeitslosenversicherung, sondern als Maßnahme ohne Versicherungscharakter gedacht. Sie verfolgt den Zweck, für die Dauer eines Jahres für eine Unterstützung die nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen darf, zu schaffen. Träger der Fürsorge sollen in der Regel die Gemeinden sein, denen eine Pflicht zur Einrichtung der Fürsorge auferlegt wird; sie haben selbst zwei Zwölftel der Kosten zu tragen, sechs Zwölftel werden ihnen aus bereitgestellten Reichsmitteln vier Zwölftel vom zuständigen Bundesrat erstattet. Bei mangelnder Leistungsfähigkeit ist eine Erhöhung der Reichsbeiträge vorgesehen. Im allgemeinen ist der Wohnort zuständig. Personen, die während des Kriegs zur Aufnahme der Arbeit ihren Wohnort gewechselt haben, kehren in ihren früheren Wohnort zurück, wofür ihnen freie Fahrt zuzubilligen ist. Kriegsteilnehmer sind an dem Ort, wo sie vor ihrer Einziehung gewohnt haben, zu unterstützen, doch ist ihnen an ihrem Aufenthaltsort eine vorläufige vorübergehende Unterstützung zu gewähren. Sie haben ferner Anspruch auf sofortige Unterstützung, während gegenüber andern Unterstützungsberechtigten eine Warteliste von höchstens einer Woche festgestellt werden kann.

Unterstützt werden arbeitsfähige und arbeitswillige Personen im Alter von über 14 Jahren, die infolge des Kriegs sich in bedürftiger Lage befinden, weibliche Personen nur dann, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Solche Erwerbslosen müssen jede ihnen nachgewiesene geeignete Arbeit auch außerhalb des Berufs und Wohnorts annehmen, wenn ihnen dafür angemessener ordnungsgemäßer Lohn geboten wird und keine gesundheitlichen und sittlichen Bedenken bestehen. Bei vorübergehender Einstellung oder Einschränkung der Arbeitsgelegenheit hat die Fürsorge für den Lohnausfall im gewissen Umfang aufzukommen. Bei Prüfung der Frage, ob eine Unterstützung geboten ist, soll nicht kleinlich verfahren, z. B. kleiner Besitz von Sparguthaben nicht in Betracht gezogen werden. Die Arbeitnehmerorganisationen werden unter bestimmten Voraussetzungen mit der Auszahlung der Unterstützung und der Kontrolle der Erwerbslosen beauftragt. Soweit für Erwerbslose bereits günstigere Erwerbslosenrichtungen bestehen, wo z. B. für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie trifft.

diesem diese Einrichtungen aufrechterhalten, Fürsorgeausgaben zu denen Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Zahl hinzugezogen werden müssen, sind bei der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge zu beteiligen und entscheiden über Streitigkeiten.

Ablieferung von Webwaren. Laut Bekanntmachungen des Abrüstungsamts dürfen die freiverdender Nähgarne, Web-, Wirk-, Strick- und Seifenwaren und die daraus hergestellten Gegenstände, sowie die Lumpen und neuen Stoffabfälle nicht von örtlichen Organen an Private oder Gesellschaften ohne Zustimmung der Kriegswirtschaftsaktiengesellschaft bzw. deren betreffenden Abteilungen vergeben werden, sondern sind an die betreffenden Abteilungen in Berlin zu liefern.

Das Reichsarbeitsamt plant die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Personen mit Einkommen bis 5000 Mark, die Nichtstundenschicht in den Vätereien und Konditoreien. Das Nachtbarverbot soll auch in Zukunft aufrecht erhalten bleiben. Auch wird eine Neuordnung der Sonntagsruhe kommen.

Postverkehr der Truppen. Truppen, die nach ihrem Friedensstandort zurückkehren, oder einen anderen Standort beziehen, haben sich ihre Postfächer nicht mehr unter ihrer Feldpostadresse (Feldpostnummer), sondern nach ihrem Standort zusenden zu lassen, also unter Namensangabe des Empfängers, des Truppenteils und des Standorts. Außerdem haben sich diese Truppen zugleich beim Postamt ihres Standorts anzumelden. Postbeförderung an Angehörige des Heeres ist deshalb während des Rückmarsches nicht möglich.

Eingefaub. Es scheint, das verschiedene, aber nur einzeln stehenden Persönlichkeiten die Hisung der roten Fahne auf den öffentlichen würt. Staatsgebäuden etwas gegen den Strich geht. Diese harmlose Fahne wirkt bei ihnen wie ein rotes Tuch bei einem Stier. Ich bitte aber: Regen Sie sich, Herr Einsender, nicht auf, Unter der früheren militärischen Diktatur war es uns verboten die Farbe des Proletariats öffentlich zu zeigen. Jetzt aber heißt es: Gleiches Recht für alle! Wir wollen, doch auch nichts von Ihnen wenn Sie eine Fahne mit den früheren Reichs- und Bundesfarben zu Ihrem Fenster heraushängen. Heute aber hat das Proletariat seine Rechte erlangt und macht davon Gebrauch. Es gibt keine königliche Gebäude mehr, es gibt nur noch württembergische Häuser, die ihre Einkünfte dem demokratischen würt. Staat abzuliefern haben. Und warum soll denn die rote Fahne den seitherigen Frieden stören? Oder schaut der Einsender den Frieden unserer Stadt darin, daß die Kurgäste sich bei uns heraufschüttern können auf Kosten der hiesigen Einwohner? Wir verlangen und fordern, daß dahin gearbeitet wird, daß die Kurgäste auch keine größeren Rechte besitzen als die hiesigen Einwohner; denn vor allem sind es die hiesigen Einwohner, denen die Kurgäste ihre Existenzberechtigung verdanken. Ich hoffe, der Einsender wird sich beruhigen und mit Hilfe n, den demokratischen Staat aufzubauen und die Schäden, die der alte Staat erlitten hat helfen auszubessern.

H. F.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Bekanntmachung.

Heeresangehörige, welche kurz vor, während oder nach dem Krieg geheiratet haben und noch keine Möbelausstattung besitzen, werden aufgefordert, ihren Bedarf, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort auf dem Rathaus anzumelden.

Wildbad, den 25. Nov. 1918.

Stadtschultheißenamt: Wägner.

Anfertigung von Haus und Straßenschuhen.

Die Lehrerin der hiesigen Frauenarbeitschule Fr. Schwäbe gibt von jetzt ab auf Veranlassung der Stadtgemeinde Unterricht in Anfertigung von Haus- und Straßenschuhen.

Anmeldungen zu diesem Unterricht wollen an Fr. Schwäbe gerichtet werden.

Wildbad, den 25. November 1918.

Stadtschultheißenamt: Wägner.

Oberamt Neuenbürg.

In den Gemeinden Neuenbürg, Edrennach, Herrcnalb und Wildbad sind militärische Auskunfts- und Beratungsstellen für heimkehrende Krieger errichtet worden. Sie haben die Aufgabe, für die von ihrem Truppenteil abgekommenen Soldaten vorläufige Unterkunft und Verpflegung, sowie Fahrtausweis in die Heimat oder in ihre Arbeitsstelle oder zu ihrem Truppenteil zu beschaffen.

Den 20. November 1918.

O. K. A. Gaiser.

Mit der Bitte um Beachtung bekannt gegeben. Die Auskunftsstelle befinden sich hier im städt. Lebensmittelamt.

Wildbad, den 15. November 1918.

Stadtschultheißenamt: Wägner.

Strümpfe und Socken

Der Stadtgemeinde ist ein beschränktes Quantum, Socken, Frauen- und Kinderstrümpfe zur Verfügung gestellt worden. Dieselben sind zur Deckung des dringlichsten Bedarfs der bedürftigen bürgerlichen Bevölkerung bestimmt und dürfen nur an solche Personen abgegeben werden, die ohne sie in Not geraten würden und nicht in der Lage sind, sich die Strümpfe auf einem anderen Weg zu verschaffen.

Anmeldungen sind am Mittwoch auf dem Lebensmittelamt zu machen.

Bekanntmachung des Würt. Kriegsministeriums.

Eine Anzahl mit Geschlechtskrankheiten befallener Militärpersonen hat sich eigenmächtig aus den Lazaretten entfernt, ohne geheilt und ansteckungsfrei geworden zu sein.

Dieselben werden aufgefordert, sich innerhalb zweier Tage zur Wiederaufnahme des Geheerfahrens, in ihren Lazaretten zu melden, widrigenfalls unter Nennung ihres Namens öffentlich vor ihrem Umgang gewarnt wird.

Stuttgart, den 22. Nov. 1918.

Der Leiter des Kriegswesens
Fischer.

Vom Heeresdienst entlassen

Ludwig Pöfler, Uhrenmacher, Calmbach.

Uhren, Bijouterie und Optik.

Reparaturen rasch und zuverlässig
Um Zuweisung wird gebeten.

Druck-Arbeiten jeder Art

liefert rasch und billig

B. Hofmann'sche Buchdruckerei.

Stahl & Co Aktiengesellschaft

Filiale Wildbad

Zur Förderung des bargeldlosen
Zahlungsverkehrs eröffnen wir

**zinstragende Scheck-
und laufende Rechnungen**

zu günstigen Bedingungen.

Wildbad, den 25. Nov. 1918.



Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir beim Hinscheiden meines lieben Mannes und Vaters, Bruders, Schwagers, Schwieger- und Großvaters und Onkels

Wilhelm Mössinger

Maurermeister

von allen Seiten erfahren durften, für die zahlreiche Begleitung, insbesondere seitens der bürgerl. Kollegien für den ehrenvollen Nachruf des Herrn Stadtvorstandes, für die vielen Blumenspenden, für die trostreichen Worten des Herrn Geistlichen, für den erhebenden Gesang des Liederkranzes sowie den Trägern sagen herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

25000
10000
Lose zu 2 Mark
6 Lose 11 Mk., 11 Lose 20 Mk., 20 Lose 40 Mk. Zu beziehen durch alle Verkaufsstellen in Württemberg
J. Schweickert
Stuttgart, Kerkstr. 6
Fernsprecher 1921

Ev. Kirchenchor.
Heute abend 8 Uhr
Singstunde
(Stimmbegabte Herren sind freundlichst eingeladen)

**Frau oder
Mädchen**
für 2-3 Stunden Haushalt-
arbeit jeden Morgen gesucht.
Müller-Schober
Villa Graf Jevvelin

**Mädchen-
Gesuch**
Zum baldigen Eintritt in
eine Villa wird ein ordentliches
Mädchen gesucht.
Wer faat die Exped. 186

Madwengesuch
Nechtschaffenes
Mädchen
nicht unter 18 Jahren das
schon in besserem Hause ge-
dient, für Küche und Haus per
1. Januar gesucht. 183
Näheres in der Epped.

Jeder heimkehrende Krieger
aus der Gemeinde Wildbad
erhält die
Wildbader.

Kriegschronik
zu 40 Pfennig
in der Buchhandlung
Geschwister Flum,
neben der Sonne.

Kautschuk-Stempel
empfiehlt C. W. Gott.

Wir geben auf sämtliche Waren einen

Rabatt von 10 Prozent

mit Ausnahme von Photograph Artikel K. A. Seife und Pulver und Zigarren, welche schon bedeutend ermäßigt sind.
Chr. Schmid u. Sohn.